

Blocher, eingeschossen hätten, freut mich. Andererseits bin ich gespannt, wie Sie Ihrer Mitarbeiterin, Verena Schoder, ins Gewissen reden und sie überzeugen, inskünftig nicht mehr so einseitig auf die SVP einzudreschen. Gerne freue ich mich auf die zukünftigen Ausgaben Ihres Blattes.

Jürgen Marc Duerr, Schindellegi

## Höchste Wachsamkeit ist gefragt

An der Oberwiesstrasse 5 in Jona möchte die Firma Orange die bestehende GSM-Anlage mit drei UMTS-Antennen aufrüsten. Die Gesamtstrahlung wird mit 3200 Watt fast doppelt so stark wie heute sein.

Während sich viele Familien aus Jona in den wohlverdienten Ferien befanden, konnten sich die Eltern, deren Kinder ins Schulhaus Bollwies zur Schule gehen, nicht darauf gefasst machen – geschweige denn sich dagegen wehren, dass ihr Kind möglicherweise schon in kürzester Zeit von einer neuen UMTS-Mobilfunkantenne bestrahlt wird. Vor dem Schulhaus, wo die Kinder sich in den Pausen und der Freizeit oft aufhalten, kann die Belastung maximal 3 V/m betragen – ein Wert, bei dem in Studien bereits Krankheitsbilder von Schlaf- und Konzentrationsstörungen bis hin zu einer erhöhten Leukämierate bei Kindern nachgewiesen wurden. Wie die Karte zeigt, steht das Schulhaus Bollwies mit dieser Strahlenbelastung nicht alleine da. Sämtliche Schulen und Kindergärten in Rapperswil-Jona befinden sich unter massivem Strahlen-«Beschuss». In solchen Fällen gehen Eltern in anderen Ländern für den Schutz ihrer Kinder auf die Strasse!

Nach dem heute gültigen kantonalen Baugesetz müssen lediglich Grundeigentümer im Umkreis von 30 Metern schriftlich über ein Gesuch informiert werden, was ein Affront gegen die gesundheitsbewusste Bevölkerung ist. In diesem Fall wären bis zum 16. Oktober Anwohner im Umkreis von rund 660 Metern einspracheberechtigt gewesen, doch nicht einmal die Mieter des Antennenstandorts waren informiert. Während die Grenzwertfrage sicher national angegangen werden muss, sollte die vom Kanton vorgegebene und sehr fragwürdige Informationspraxis bei Baugesuchen im Interesse der

betroffenen Bevölkerung unbedingt angepasst werden!

Immerhin haben 25 wachsame Bürger rechtzeitig Einsprache erhoben um das Vermeidbare zu verhindern. Trotz des Erlasses der Planungszone Mobilfunkantennenanlagen, welche ein Errichten von neuen Mobilfunkantennen für die nächsten drei Jahre untersagt, ist es also offenbar noch möglich, dass bestehende Antennen auf- oder umgerüstet werden. Es ist zu hoffen, dass die Grundeigentümerin, eine Immobilien AG aus Meilen, den im Jahr 2011 auslaufenden Vertrag nicht mehr verlängern wird!

Auf jeden Fall ist nach wie vor höchste Wachsamkeit für allfällige Baugesuche gefragt!

Sophia Iten, Rapperswil, Ortsgruppe SUMM

## Handy-Telefonate stören andere

Bei der gegenwärtigen Mobilfunkdiskussion sind zwei Seiten zu beachten: Die Emissionen der fest montierten Mobilfunkantennen und die der einzelnen Handys.

Fest montierte Mobilfunkantennen senden dauernd, 24 Stunden pro Tag, ununterbrochen wird Strahlung abgegeben. Der einzelne Bürger kann nicht selber bestimmen, ob er das will oder nicht. Wer sich im direkten Strahlungsbereich aufhalten muss, ist zu bedauern, er kann (fast) nichts dagegen tun. Er muss die Auswirkungen mit allen Konsequenzen ertragen.

Dagegen kann jede Person selber bestimmen, ob sie ein Handy – mit der damit verbundenen Strahlenbelastung – gebrauchen will oder nicht. Natürlich ist die Sendeleistung eines einzelnen Mobiltelefons tiefer als die einer festen Mobilfunkantenne, aber das Gerät befindet sich nur ein paar Zentimeter von seinem Kopf und Hirn entfernt. Während einem Handygespräch ist die direkte Belastung des Körpers durch elektromagnetische Felder um ein Vielfaches höher als im weiteren Umfeld einer festen Antenne. Die Distanz zum Sender macht hier den Unterschied aus.

Personen, die sich in der Nähe eines Mobiltelefonierers aufhalten, haben diese Entscheidungsmöglichkeit auch nicht. Sei es im Verkehrsmittel, im Einkaufszentrum, generell bei Personenanhäufungen; zusehends wird das unfreiwillige Mitanhören eines Handy-

gespräches zur Plage. Dabei stört nicht nur die ungewollte, einseitige Konversation, sondern es werden gleichzeitig auch alle in der Nähe befindlichen Personen mitverstrahlt. Und das nicht zu knapp.

In geschlossenen Räumen ist der Empfang schlechter als draussen. Da muss das Handy – um den Kontakt mit der Basisstation zu halten – mit höherer Leistung senden. Besonders kritisch wird die Situation im Bahnwagen, im Bus oder im Auto, wo die blecherne Karosserie die Strahlung zum Teil zurück in den Innenraum reflektiert und die darin befindlichen Personen nochmals einer höheren Belastung aussetzt.

Der Gebrauch eines Handys entwickelt sich immer mehr auch zu einer Frage der Vernunft – je mehr damit telefoniert wird, desto mehr schädliche Antennen wird es geben –, des Anstandes und des Respekts vor anderen Personen. Wenn es schon unbedingt ein Handygespräch sein muss, dann bitte etwas Abstand zum Nächsten.

Die SBB hat noch vor nicht allzu langer Zeit die Raucherabteile in den Zügen aufgehoben, bald wird sie gezwungen sein auch handyfreie Wagen zu schaffen, denn Passivtelefonieren ist schädlich und lästig wie Passivrauchen!

Jürg Grest, Rapperswil-Jona

## Handlungsbedarf

Die zur Abstimmung stehende Bürokratie-Initiative hat meine volle Sympathie. Denn sie verlangt nicht nur eine kosmetische Gesetzeskorrektur, sondern beabsichtigt mit der Verfassungsinitiative ein klares Umdenken und Handeln auf allen staatlichen Ebenen. Wer glaubt, die Bürokratie sei nur ein Problem auf Stufe Bund, täuscht sich. Laut dem Regierungsrat des Kantons Schwyz wird ein Viertel aller Bürokratie auf kantonaler Ebene verursacht. Das ist viel zu viel. Es besteht darum dringend Handlungsbedarf. Als Architekt und KMU-Inhaber bin ich persönlich täglich mit der Bürokratie konfrontiert. Die KMU-Betriebe brauchen ihre zeitlichen Ressourcen für die produktive Arbeit. Viele administrative Hürden sind völlig unnötig. Auch das kantonale Dickicht von Regelungen ist zu durchforsten und alles Überflüssige aufzuheben. Das Volksbegehren wird auch vom Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz sowie vom Kantonalen Schweizerischen Gewerbeverband (KSGV) unterstützt.

Markus Gresch, Pfäffikon, Kantonsrat